

## Aktuelles aus dem Landesverband

**E**nde Februar und Anfang März 2008 wurden vom Landesverband einige Tagungen ausgerichtet, bei denen der Landesvorsitzende und weitere Mitglieder des Landesvorstandes die Teilnehmer über aktuelle Probleme im Justizvollzug von Baden-Württemberg ausführlich informierten.

### Es fanden statt:

- Tagung der Ortsverbandsvorsitzenden und Kassiere am 04./05. März 2008,
- Tagung der Personalratsvorsitzenden und deren Vertreter am 10./11. März 2008

### jeweils in Hößlinsülz,

- Versammlung des Ortsverbandes Schwäbisch Hall am 29. Februar 2008.

Bei diesen Veranstaltungen behandelte der **Landesvorsitzende Ernst Steinbach** folgende Probleme:

Gewerkschaftsarbeit in der heutigen Zeit ist nicht gerade „vergnügungssteuerepflichtig“, aber notwendiger denn je! Gerade in den kommenden Monaten wird es zu wichtigen Weichenstellungen kommen, so in der Dienstrechtsreform, in der Anhebung der Altersgrenze und anderes mehr.

Hierüber informieren wir auch in unseren „AKTUELLS“ und im „VOLLZUGSDIENST“.

### Zur Bundespolitik:

Beim Gewerkschaftstag des DBB in Berlin hat **Bundeskanzlerin Merkel** zugesagt, die von **Innenminister Schäuble** in die Diskussion gebrachte Heraufsetzung der Altersgrenze bei Beamten auf 68 Jahre abzulehnen und ebenfalls zugesagt, dass die Beamten Einkommensverbesserungen erhalten sollen! Dies haben wir wohl vernommen und sie wird sich daran messen lassen müssen. Bei ihrer Diätenerhöhung waren sich die Abgeordneten – wie üblich – sehr schnell einig und beschlossen für das Jahr 2008 eine Erhöhung von 4,9 % und für 2009 nochmals eine Erhöhung von 4,9 %. Dies bedeutet eine monatliche Erhöhung von rd. 600 Euro pro Abgeordneten.

### Zur Landespolitik:

Indessen sind seit der Föderalismusreform I die Länder für uns Landesbeamte zuständig – die „Musik“ spielt also im Land!

Der BWV forderte deshalb einen sogenannten „Nachschlag“ für die Landesbediensteten von 2,4 %, über den noch verhandelt werden wird.

### Was beschäftigt uns im Land besonders?

Die Föderalismusreform hat uns auch veranlasst, die „Herbstoffensive 2006“ zur Information der Landtagsabgeordneten zu starten sowie zum Entwurf des Jugendstrafvollzugsgesetzes ausführlich schriftlich und mündlich Stellung zu nehmen. Entsprechende Berichte sind im „VOLLZUGSDIENST“ veröffentlicht worden. Zum Jugendstrafvollzug wurde insbesondere bei den mündlichen Anhörungen im Landtag von unserem Pressereferenten darauf hingewiesen, dass die Verwirkli-

chung der hervorragenden Ansätze im Jugendstrafvollzugsgesetz – sollen diese nicht „verpuffen“ - einer zusätzlichen finanziellen und personellen Ausstattung bedarf. Beim Blick auf andere Bundesländer ist festzuhalten, dass die Regierung von **Nordrhein-Westfalen** aufgrund des schlimmen Vorfalls in der Jugendstrafanstalt Siegburg über 300 Neustellen für den Strafvollzug bewilligt hat. In **Baden-Württemberg** dagegen diskutiert man gerade mal über 5 bis 15 Stellen!

Allgemein im Justizvollzug herrscht nach wie vor in vielen Bereichen der geschlossenen Einrichtungen drangvolle Enge. Es ist auch nicht zu übersehen, dass Gewaltkriminalität und subkulturelle Strukturen in den Anstalten sich ausdehnen, wobei zum Teil ein unfassbarer Grad an Verrohung festzustellen ist.

### „Lobby-Arbeit“

Unsere „Lobby-Arbeit“, die wir seit Jahren leisten und die weiter bitter notwendig bleibt, hat nun – auch für uns überraschend – Ende letzten Jahres Erfolge gebracht:

- Kurz vor der Sommerpause 2007 hat das Landeskabinett beschlossen, **7,5 Mio. Euro pro Jahr (bis 2011) für die Verbesserung der Sicherheit in den Justizvollzugsanstalten**, für den Personalmehrbedarf besonders im Jugendstrafvollzug und/oder für strukturelle Verbesserungen (z.B. Angleichung der „Gitterzulage“) zur Verfügung zu stellen.
- Aufgelegt wurde auch das **Haftplatzentwicklungsprogramm „Justizvollzug 2015“ mit einem Finanzvolumen von insgesamt 285 Mio. Euro**. Damit können unsere seit Jahren erhobenen Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen für unsere Beschäftigten realisiert werden. Auch die Überbelegung wird nach Umsetzung dieses Programms aus heutiger Sicht kein Thema mehr sein. Die Vorgaben des Gesetzgebers auf Einzelunterbringung werden dann erfüllt werden können.
- **Ein Riesenerfolg des BSBD – und nur des BSBD!** So gut diese Ansätze auch sind, es besteht weiter nachhaltiger Diskussionsbedarf. Dieses Haftplatzentwicklungsprogramm soll zwar insgesamt 2.400 neue Haftplätze schaffen, aber gleichzeitig sollen durch die Schließung von Vollzugseinrichtungen

1.200 Haftplätze wegfallen. Somit bleibt ein Nettozugang von 1.200 Haftplätzen! Gerade die beabsichtigten Schließungen in Tübingen, Crailsheim, Heidelberg und Waldshut-Tiengen haben berechtigten Protest bei den Beschäftigten hervorgerufen. Durch beabsichtigte Zubauten in bestehenden Vollzugsanstalten entstehen teilweise sehr große Einrichtungen mit allen damit verbundenen Problemen (z.B. JVA Mannheim mit geplanten 962 Haftplätzen). Unter Experten war man sich einig, dass max. 500 Gefangene pro Anstalt angemessen und wirtschaftlich seien. Dies haben wir in unmittelbaren Gesprächen im Landtag und dann nochmals vor den Klausurtagungen der Fraktionen im September 2007 deutlich zum Ausdruck bringen können. Weitere Gespräche hierüber sind vorgesehen, so in den nächsten Wochen mit der CDU-Fraktionsspitze.

### Dezentrale Budgetierung

Wie aus dem Justizministerium zu erfahren war, soll alsbald die volle Budgetierung in den Justizvollzugsanstalten auf den Weg gebracht werden. So ist vorgesehen, die Justizvollzugsanstalten ab 1. Januar 2009 voll zu budgetieren. Auch die Personalausgaben sollen in das dezentrale Budget eingebracht werden, die Stellenpläne sollen aber erhalten bleiben wie bisher. Im Rahmen der Budgetierung bleiben noch viele Fragen offen, weshalb der Landesvorstand sich bei seiner Sitzung am 22. Februar 2008 von Vertretern der Verwaltungsleiter ausführlich unterrichten ließ. So lässt sich derzeit nicht abschätzen, welche Sparauflagen gemacht werden, wie sich das Sach- und Personalbudget verteilt, wie mit den Aufwendungen für besondere Leistungen für Beamte und für teure Erkrankungen von Gefangenen umzugehen ist, wie sich gegenseitige Deckung und Budgetverschiebungen gestalten. **Hier muss sich der BSBD alsbald klar positionieren, wobei schon jetzt feststeht, dass die sozialen und dienstlichen Belange der Bediensteten im Mittelpunkt stehen werden.**

### Reform des Beamtendienstrechts

Es ist offenbar beschlossene Sache, dass der Regeleintritt in den Ruhestand im Alter von 67 Jahren im gleichen Zeitraum – von 2012 bis 2029 – wie bei der Rente kommen wird. Ein vorgezogener Zeitraum von 2010 bis 2018, wie vom Finanzminister des Landes Baden-Württemberg beabsichtigt, wäre ein weiteres Sonderopfer für die Beamten gewesen. Es wurde – auch vom Koalitionspartner FDP – und besonders vom BWV nachdrücklich abgelehnt. Aber auch bei der **besonderen Antragsaltersgrenze** muss es bleiben. Der Dienst im Strafvollzug ist derart Substanz fordernd, dass besondere Altersgrenzen erforderlich sind, soll der hohe Behandlungs- und Sicherheitsstandard auch künftig gewährleistet werden. In Anlehnung an die Regelungen bei der

Polizei hat auch Justizminister Prof. Dr. Goll in Rottenburg versichert, dass es keine Schlechterstellung des Vollzuges gegenüber der Polizei geben wird. Der Landesvorsitzende des **BSBD** ist auch Mitglied der Kommission „besondere Antragsaltersgrenze“ im BBW und er wird dort ein besonderes Augenmerk auf den Werkdienst richten.

### ■ Besoldungszuschlag

Eine Erhöhung um 2,9 % hatte der Beamtenschaft mit **Ministerpräsident Oettinger** vereinbart. Wegen der Kürzung der Sonderzahlung („Weihnachtsgeld“) bleiben effektiv nur 1,6 % übrig. Nach den erfreulich höheren Steuereinnahmen verlangt der BBW nunmehr – im Gegensatz zu ver.di – noch einmal 2,4 % Erhöhung hinzu. Nach vier Nullrunden infolge ist dies mehr als berechtigt! Bleibt indessen die Landesregierung unnachgiebig, wird es schwerer werden, eine ordentliche Dienstrechtsreform hinzubringen.

Im Rahmen der anstehenden Dienstrechtsreform richtete der **BSBD** seine besondere Aufmerksamkeit auf eine größere Durchlässigkeit bei den Laufbahnen und bei den Leistungsbezahlungen, die aber nur dann akzeptabel sind, wenn das Geld nicht an anderer Stelle wieder gestrichen wird. Grundsätzlich ist nach Auffassung des BBW und des **BSBD** die beste Lösung eine Beförderung, denn eine solche ist nach wie vor auch die beste Leistungshonorierung.

Für strukturelle Verbesserungen sieht der **BSBD** ebenfalls Chancen: So sollte eine Aufstockung der Gitterzulage auf die Höhe der Polizeizulage erreichbar sein, dann hätten alle Bediensteten des Vollzuges etwas davon!

### ■ Tag der Justiz am 28. September 2007 im Amtsgericht Stuttgart

Bei diesem 2. Tag der Justiz im kleinen Rahmen ist nach Ministerpräsident Oettinger beabsichtigt, die Eckpunkte zur Dienstrechtsreform im Jahre 2008 konkret festzulegen und dann zum 01.01.2009 umzusetzen. In diesem Zusammenhang würdigte der Ministerpräsident auch die hervorragende Arbeit, die in der gesamten Justiz und im Strafvollzug tagtäglich geleistet wird. Die Landesregierung erkenne dies an, weshalb die **Justiz bis zum Jahre 2011 von den vorgesehenen Stellenstreichungen ausgenommen sei**.

Wenn dagegen die Stellenstreichungen in allen anderen Ressorts – wie z.B. bei der Polizei – betrachtet werden, ist diese Ausnahme ein großer Erfolg unserer ständigen Bemühungen.

### ■ Sachstand zum Neubau der Justizvollzugsanstalt Offenburg

Die Bauarbeiten nach dem PPP-Modell verlaufen nach Plan. Die Teilprivatisierung zu 45 % ist beschlossene Sache. Unsere Bedenken, die vielfach vorgetragen und auch im Vollzugsdienst veröffentlicht worden sind, wurden nicht gehört. Der

**BSBD** hat trotzdem sehr viel unternommen, um in dieser Angelegenheit mitgestalten zu können. Doch selbst das Gespräch mit **Minister Willi Stächele** vom Staatsministerium hatte nur eine sehr ernüchternde Ergebnis für den **BSBD**. Wir hatten weder Einblicke in die Leistungsverzeichnisse noch in die Kompetenzzerteilung oder die Zuständigkeitsbereiche zwischen staatlichen und privaten Bediensteten. Offenbar hat sich auch noch niemand ernsthafte Gedanken über die Abgrenzung von Zuständigkeiten und über die konfliktbeladenen Schnittstellen gemacht.

So sind immer noch viele Fragen offen:

- Wie weit geht die Privatisierungstiefe beim allgemeinen Vollzugsdienst?
- Was dürfen die privaten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter?
- Wie ist ihre Bezahlung?
- Was ist bei Streik?
- Was geschieht bei Einführung des Mindestlohns?

Besonders einschneidend erscheint, dass auch das vollzugliche Arbeitswesen privatisiert werden wird, obwohl es hervorragend aufgestellt ist. Hier wird wohl ein Teil des Gewinns erwirtschaftet werden müssen, den der private Betreiber zur Deckung seiner enormen Kosten notwendig braucht. Zumindest war zu erfahren, dass für den staatlichen Bereich etwa 60 Neustellen für die Justizvollzugsanstalt Offen-

burg in zwei Nachtragshaushalten ausgebracht werden sollen (ohne Gewähr).

### ■ Strukturelle Verbesserungen

Nach vielen Bemühungen des **BSBD** haben sich erfreuliche Ergebnisse beim mittleren Verwaltungsdienst in den Besoldungsgruppen A 7 und A 8 eingestellt. Der Landesvorstand wird sich für weitere strukturelle Verbesserungen in den Bereichen des Verwaltungsdienstes nachdrücklich einsetzen.

### ■ Farbwechsel zur blauen Uniform

Grundsätzlich gibt es sicherlich wichtigere Dinge als ein Farbwechsel der Uniform! Wenn es aber politischer Wille ist, die Polizei in dieser Weise auszustatten, dann ist auch der **BSBD** für eine einheitliche Ausstattung! Allerdings ist bemerkenswert, dass zwischenzeitlich von der Gewerkschaft der Polizei die blaue Uniform abgelehnt wird.

Im Rahmen seines Vortrages hat der **Landesvorsitzende Ernst Steinbach** besonders auch allen Kolleginnen und Kollegen gedankt für ihre wichtige unverzichtbare Arbeit vor Ort, die sie tagtäglich und rund um die Uhr verrichten.

Speziell dankte er dem Ortsverband Schwäbisch Hall und seinem **Vorsitzenden Klaus Thillmann** und seinem Team für die Vorbereitung der Frühjahrstagung des Landeshauptvorstandes am 18. April 2008.

04. + 05. März 2008 im Hotel „Roger“ in Hößlinsülz

## Tagung für die Vorsitzenden und Kassierer der Ortsverbände im BSBD

34 Kolleginnen und Kollegen aus nahezu allen Justizvollzugsanstalten des Landes trafen sich, um gemeinsam mit Vertretern des Landesvorstandes über Organisationsfragen der Vollzugsgewerkschaft und die aktuelle vollzugspolitische Lage zu beraten.

Der Landesvorsitzende **Ernst Steinbach** erstattete Bericht über die Arbeit des Landesvorstandes und gab einen Überblick über die aktuellen Themen, wie die laufenden Tarifverhandlungen im Bereich des TVÖD, über Teilprivatisierung der Justizvollzugsanstalt Offenburg, Verlängerung der Lebensarbeitszeit, Dienstrechtsreform und die Inhalte der Gespräche mit den Fraktionen im Landtag von Baden-Württemberg. Anschließend berichtete der stellv. Landesvorsitzende und Vorsitzende des Hauptpersonalrats beim Justizministerium Baden-Württemberg **Georg Konrath** über die Arbeit im HPR. (seinen Bericht können Sie unter <http://www.bsbd-bawue.de> auf der Homepage des **BSBD** einsehen).

### Rechtsschutz für die Mitglieder des BSBD

Der Justitiar des Landesverbandes **Gerhard Maurer-Hellstern** erläuterte die

Rechtsschutzrichtlinien (ebenfalls abrufbar <http://www.bsbd-bawue.de>)

Er appellierte an die Ortsvorsitzenden, die Mitgliedern vor Ort über das vorgeschriebene Verfahren, Antrag über den Ortsverband an die Landesgeschäftsstelle zu stellen zu informieren. Keinesfalls kann es angehen, wenn Mitglieder Anwälte direkt konsultieren (die oft genug von beamtenrechtlichen Fragen wenig Ahnung haben) und dadurch ihre Ansprüche dem **BSBD** gegenüber auf Spiel setzen. Der Sprecher machte klar, dass die Rechtsschutzkosten aus Mitgliedsbeiträgen finanziert werden und man deshalb auch sehr viel flexibler als dies beispielsweise Rechtsschutzversicherungen können, den Herausforderungen der Dienstverhältnisse im Strafvollzug gerecht werden kann.

Der Landesvorstand ist derzeit mit dem Dienstleistungszentrum des DBB in Mannheim im Gespräch um auszuloten, ob durch eine Zusammenarbeit erweiterte Möglichkeiten für unsere Mitglieder er-

reichbar sind. Näheres kann möglicherweise bereits bei der nächsten Landeshauptvorstandssitzung am 18.04.2008 in Schwäbisch Hall bekannt gegeben werden.

### Aktuelles aus dem Personalreferat beim Justizministerium

Herr **RiaLG Reinhard Dold** gab einen Überblick über die geplante Einführung eines neuen Disziplinargesetzes für Baden-Württemberg was zu erheblichen Diskussionen führte.

Er erläuterte die Planungen des Justizministeriums zur Teilprivatisierung der Justizvollzugsanstalt Offenburg und diskutierte mit den Teilnehmern über die bisherigen Erfahrungen bei der Umsetzung der Delegation der Personalverantwortung der mittleren Dienste auf die Justizvollzugsanstalten, die durchaus unterschiedlich bewertet wurde. Wegen der fortgeschrittenen Zeit musste der Gedankenaustausch und die rege Diskussion gegen 19.00 Uhr beendet werden.

Noch während des gemeinsamen Abendessen und des ganzen Abends wurden die



Diskussionen über das zuvor gehörte lebhaft fortgeführt.

### Zusammenarbeit mit der Landesgeschäftsstelle

Die Geschäftsführerin des Landesverbandes **Barbara Reber** stellte ihre Arbeit vor und erläuterte Abläufe und Geschäftsvorgänge.

### Vorstellung der Homepage

Das Mitglied des Landesvorstandes **Frank Maertins** konnte den staunenden Delegierten die völlig neu gestaltete moderne Homepage des Landesverbandes und die vielfältigen Möglichkeiten vorstellen.

Bei weit über 20.000 Zugriffen pro Monat wird schnell klar welche Bedeutung dieses neue Medium für die Information der Mitglieder und die Öffentlichkeitsarbeit hat.

Die Ortsverbände wurden aufgefordert, die Möglichkeit eine Vorstellung des Ortsverbandes und eigene Beiträge einzustellen offensiv zu nutzen.

beitragen Gebühren in vierstelliger Höhe anfallen, die vermeidbar wären, wenn Mitglieder eine Änderung ihrer Bankverbindung unverzüglich melden würden.

### Arbeitsgruppe „Justizvollzug 21“

Kollege **Detlef Hamacher** stellte als Vorsitzender der Arbeitsgruppe deren Arbeit und Aufgaben als Verbindungsglied zwischen den Ortsverbänden und dem Landesverband vor.

Er lud alle Mitglieder dazu ein, sich mit Vorschlägen, Kritik und Anregungen an die AG zu wenden. Das Referat können Sie ebenfalls auf der Homepage des **BSBD** einsehen!

### Gewerkschaft im öffentlichen Dienst

Der stellv. Landesvorsitzende des Beamtenbundes Baden-Württemberg **Dieter Berberich** gab einen Überblick über die brennenden gewerkschaftlichen Themenbereichen.

Er referierte über Gehaltsentwicklung im Zusammenhang mit der Nachforderung des bbw von 2,4% für das Jahr 2008, gab den aktuellen Stand der Diskussion zur Dienstrechtsreform wieder und nahm zur geplanten Änderung des Disziplinarrechtes in Baden-Württemberg Stellung.

Der stellv. bbw Landesvorsitzende konnte die Teilnehmer durch seine charismatische Persönlichkeit, sein großes Fachwissen und durch einen mitreisenden Vortrag begeistern.

Der Tagungsleiter **Ernst Steinbach** bedankte sich am Ende der Veranstaltung bei allen Referenten und bei den Teilnehmern für die hoch motivierte Mitarbeit. Er hob die Bedeutung der Ortsverbandsarbeit für eine wirksame Mitgliederbetreuung hervor, vor Ort entscheidet sich die Zukunft des Verbandes.

Bei der Vielzahl der spannend vorgetragenen Themen kam keine Langeweile auf, es wäre ohne weiteres möglich gewesen einen weiteren Tag intensiv weiter zu diskutieren.



**Beamten- und Angestellten-Darlehen**  
**Partner der Nürnberger Versicherung**

**Festzins 12 Jahre 5,15%, effekt. Jahreszins 5,88%**  
**Beispiel:** 30jährige Beamtin, Festzins 5,95%,  
 Laufzeit 20 Jahre, effekt. Jahreszins 6,53%.  
 20.000 € = monatlich 175,37 € inkl. Lebensvers.  
 35.000 € = monatlich 305,20 € inkl. Lebensvers.

**Ratendarlehen:** Festzins ab 5,40%, effekt. Jahreszins, Laufzeit 1–10 Jahre.  
**NEU:** Auch für Beamte auf Probe und Pensionäre.  
**Info-Büro 0800 / 77 88 000 gebührenfrei**  
 Fax-Nummer: 051 30 / 79 03 95  
 vermittelt: K. Jäckel, Am Husalsberg 3, 30900 Wedemark  
**www.beamtendarlehen-center.de**

### Zusammenarbeit mit der Landeskasse

Der Landeskassier **Erich Haag** berichtete über Mitgliederentwicklung und Finanzen, wie immer konnte er durch seine präzisen Darstellungen die Anwesenden von der herausragenden Qualität der Serviceleistungen der Landeskasse voll überzeugen. Er bedauerte insbesondere, dass durch Rücklastschriften beim Einzug von Mitglieds-

## Personalrätekonferenz für die Personalratsvorsitzenden und Stellvertreter der BSBD-Personalvertreter am 10. und 11. März 2008 im Hotel „Roger“ in Hößlinsülz

Insgesamt 33 Kolleginnen und Kollegen aus Personalvertretungen nahezu aller Justizvollzugsanstalten des Landes trafen sich zur Gesamtkonferenz der BSBD-Personalräte in Hößlinsülz.

Der Landesvorsitzende **Ernst Steinbach** erstattete Bericht über die Arbeit des Landesvorstandes und gab einen Überblick zu den brennenden Themen, wie die laufenden Tarifverhandlungen im Bereich des TVÖD, über Teilprivatisierung der Justizvollzugsanstalt Offenburg, Verlängerung der Lebensarbeitszeit, Dienstrechtsreform und die Inhalte der Gespräche mit den Fraktionen im Landtag von Baden-Württemberg.

Anschließend erstattete der stellv. Landesvorsitzende und Vorsitzende des Hauptpersonalrats beim Justizministerium Baden-Württemberg **Georg Konrath** Bericht über die Arbeit im HPR. (seinen Bericht können Sie unter <http://www.bsbd-bawue.de> auf der Homepage des **BSBD** einsehen).

### Personaldelegation der mittleren Dienste im Justizvollzug

Die stellv. Landesvorsitzende **Elfriede Enslé-Bohn** referierte über das Thema praktische Umsetzung der Personaldelegation mit dem Schwerpunktthema „Zusammenarbeit zwischen Anstaltsleitung und Personalrat bei der Personalplanung“. Anhand von Beispielzahlen wurden Beförderungsmöglichkeiten berechnet und über Auswirkung von Stellenausschreibungen und Stellenplanung diskutiert. Die Referentin vertrat die Auffassung, dass zu der vom Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG) vorgesehenen partnerschaftlichen Zusammenarbeit auch gehört, dass die Vorgaben des Zuteilungserlasses dem Personalrat bekannt sein müssen, nur so könne er seine Rechte nach § 80 Abs. 3 Satz 2 LPVG – Mitwirkung bei der Personalplanung – wahrnehmen. Unbedingte Voraussetzung für eine dauerhafte vertrauensvolle Zusammenarbeit sei jedoch die Einhaltung der Schweigepflicht gem. § 10 LPVG. Aus den Wortbeiträgen der Teilnehmer konnte das Fazit gezogen werden, dass dort, wo schon bisher eine



partnerschaftliche Zusammenarbeit stattfindet, auch diese neue Herausforderung positiv und vertrauensvoll angegangen wird. Dort, wo schon bisher Schwierigkeiten zwischen Personalrat und Leitung bestanden, haben sich diese durch den erneuten Machtzuwachs noch verstärkt. Auch während des gemeinsamen Abendessens und bis tief in die Nacht hinein wurde lebhaft über aktuelle vollzugspolitische Themen diskutiert.

### Deutliche Verfahrensbeschleunigung erzielen

Der Vorsitzende des Hauptpersonalrats beim Justizministerium Baden-Württemberg, Kollege **Georg Konrath**, setzte seinen am Vortag unterbrochenen Bericht aus dem Hauptpersonalrat mit den Themen neues Disziplinarrecht, Personalkostenbudgetierung und Dienstrechtsreform fort. Der Hauptpersonalrat beim Justizministerium Baden-Württemberg hat zur Neugestaltung des Disziplinarrechtes eine umfangreiche Stellungnahme abgegeben, bei der er insbesondere die Verlagerung der Disziplinargewalt auf den unmittelbaren Dienstvorgesetzten (Anstaltsleiter), auch für Statusrecht berührende Maßnahmen, die bisher ausschließlich den Verwaltungsgerichten vorbehalten waren, kritisiert. Der Vorteil der Reform, eine deutliche Verfahrensbeschleunigung zu erzielen, wird dabei als wichtiges Ziel auch von Konrath anerkannt. Sollten die Vorschläge des Innenministeriums Gesetz

werden, so erwartet der Sprecher einen massiven Mitgliederzulauf bei den Gewerkschaften, da dann kein Beamter mehr ohne eine Solidargemeinschaft bei der Rechtsschutzgewährung auskomme.

### Regionalkonferenzen

Die Frage der Fortsetzung des eingeschlagenen Weges über Regionalkonferenzen, den **BSBD**-Personalräten einen aktiven Meinungs- und Erfahrungsaustausch zu ermöglichen, war schnell geklärt: da gab es nur einhellige Zustimmung! Die bisherigen Veranstaltungen, die in Zusammenarbeit mit der Landesgeschäftsstelle von der PR selbst organisiert werden, waren in Nordwürttemberg, Süd- und Nordbaden sehr gut besucht, mindestens ein Vertreter der jeweiligen Justizvollzugsanstalten war dabei immer vertreten. Für den Raum Südwürttemberg sagte der Personalratsvorsitzende Kollege **Binder** aus Rottenburg zu, sich der guten Sache anzunehmen, weshalb auch hier sicher bald regelmäßige Treffen stattfinden werden.

### Sachthemen aus den Regionalkonferenzen:

Mit Sorge beobachten die Personalräte eine inflationäre Entwicklung bei den Frührentensionierungen. Hierzu sagte der zu diesem Zeitpunkt bereits amtsende stellv. bbw-Landesvorsitzende seine persönliche Unterstützung zu. Die Presse sei gerade bei diesem Thema sehr dankbar, Hinweise zu erhalten, wie man mit arbeitswilligen Beamten und Steuergeldern für Pensionzahlungen im Vollzug umgehe.

### Personalvertretungsrecht

Der stellv. Landesvorsitzende des Beamtenbundes Baden-Württemberg (bbw) **Dieter Berberich** berichtete aus der am Vormittag stattgefundenen Sitzung des bbw zum aktuellen Stand der Diskussion der Dienstrechtsreform. Man erwarte mit Spannung den Entwurf der Landesregierung, der nach seiner Einschätzung bereits in den Ressorts abgestimmt sei und nur noch der Freigabe durch den Herrn Ministerpräsidenten bedürfe. In bewährter Manier berichtete er anschließend über neueste Entwicklungen der Rechtssprechung im Personalvertretungs- und Dienstrecht, stand für Fragen rund um diese Themen sachverständig zur Verfügung. Probleme einzelner Personalvertretungen in ihren Dienststellen wurden diskutiert und Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt.

Der Tagungsleiter **Ernst Steinbach** bedankte sich am Ende der Veranstaltung für die intensive Mitarbeit der Teilnehmer. Auch die Rückmeldung zeige, dass der **BSBD** mit den auch künftig jährlich stattfindenden, zweitägigen Personalrätekonferenzen aller Personalräte im Vollzug auf dem richtigen Weg ist.



## Berichtigung - Gegendarstellung

In der Presseerklärung **Privatisierung im Justizvollzug** - abgedruckt im **Heft 1/Februar 2008, S. 11** – wurden am Ende Ausführungen zu den Kosten und zu deren Verwendung im Zusammenhang mit der Privatisierung der Bewährungs- und Gerichtshilfe durch den **Verein Neustart** in Baden-Württemberg gemacht.

Hierzu hat der **Leiter der Abteilung Justizvollzug im Justizministerium Baden-Württemberg** den **Vorsitzenden des Landesverbandes im BSBD in einem Brief vom 03. 03. 2008 aufgefordert**, eine darauf bezogene **Richtigstellung** in diese 2. Ausgabe des **VOLLZUGSDIENST** aufzunehmen.

### **Der Wortlaut wird wie folgt als Gegendarstellung abgedruckt:**

Herrn Vorsitzenden  
des Landesverbandes  
des BSBD-Baden-Württemberg  
Ernst Steinbach  
Moserstraße 26  
70182 Stuttgart

Sehr geehrter Herr Steinbach,

Ihre in der neuesten Ausgabe (Heft 1) von „Der Vollzugsdienst“ auf Seite 11 abgedruckte Presseerklärung zur Privatisierung im Justizvollzug wirft zahlreiche Fragen auf. Soweit es sich um wertende Sachaussagen handelt, möchte ich hierauf nicht näher eingehen.

Offene Unrichtigkeiten dürfen aber nicht unwidersprochen bleiben:

Es ist mir nicht nachvollziehbar, worauf Sie Ihre Annahme gründen, dass die durch den teilprivaten Betrieb der neuen Justizvollzugsanstalt Offenburg erzielten Einsparungen von 1 Mio. Euro durch die Kosten für Beratungsleistungen schon vorab aufgebraucht worden seien.

Das Ausschreibungs- und Verhandlungsverfahren für den teilprivaten Betrieb der im Bau befindlichen Justizvollzugsanstalt in Offenburg ist von der Justizvollzugsabteilung des Justizministeriums Baden-Württemberg durchgeführt worden. Da es sich hier um das erste Verfahren dieser Art in Baden-Württemberg gehandelt hat, wäre es nicht sehr verantwortungsvoll gewesen, dies ohne erfahrene Beratung zu tun. Nicht zuletzt aufgrund der äußerst sachkundigen und weitsichtigen Beratung ist es gelungen, das Verfahren im vorgesehenen Zeitrahmen und ohne anschließende rechtliche Auseinandersetzung zum Abschluss zu bringen.

Mit einem Wort, die Beratung war ihr Geld wert und ich kann Ihnen versichern, ihre Kosten machen nur einen geringen Bruchteil des von Ihnen angesprochenen Einsparbetrages aus. Da Sie hier lediglich eine Vermutung geäußert haben, wäre ich bereit, diesen Punkt auf sich beruhen zu lassen.

Ihren Ausführungen zur Übertragung der Bewährungs- und Gerichtshilfe auf „Neustart“ muss aber nicht nur widersprochen werden, sie dürfen auch so nicht stehen bleiben.

Der für dieses Verfahren zuständige Projektleiter des Justizministeriums, Herr Ministerialrat Müller, hatte Sie in seinem Schreiben vom 17. Dezember 2007 bereits in aller Deutlichkeit darauf hingewiesen, dass es sich insoweit um eine Falschdarstellung handelt.

Richtig ist, dass Neustart über zehn Jahre hinweg 56 Mio. Euro erhält – und das sind weniger als die Aufwendungen, die das Land sonst für den gleichen Zweck tätigen müsste. Auch hier werden erhebliche Mittel eingespart.

Die 56 Mio. Euro wurden nicht „am Landtag vorbei“ sondern mit Billigung durch dessen Mehrheit im Finanzausschuss und damit im Benehmen mit dem Landtag bewilligt. Zudem wird dieses Entgelt in keiner Weise für „luxuriöse Repräsentationszwecke“ verwendet, sondern für die sachliche Erledigung der übertragenen Aufgaben.

Ich muss Sie nachdrücklich bitten, sehr geehrter Herr Steinbach, dass Sie Ihre Ausführungen zu „Neustart“ in dem dargelegten Sinn an vergleichbarer Stelle im nächsten Heft von „Der Vollzugsdienst“ richtig stellen; d. h., dass diese Richtigstellung in hervorgehobener Form im Landesteil Baden-Württemberg erfolgen wird.

Mit freundlichen Grüßen  
Ulrich Futter

*Gem. Pressegesetz ist die Schriftleitung verpflichtet, die Gegendarstellung zu dem beanstandeten Text ohne Einschaltungen und Weglassungen abzudrucken.*

## Privatisierung mit Kontrollverlust wird zum Selbstläufer

Der nachstehende Artikel aus der **Stuttgarter Zeitung vom 17.03.2008** erscheint dem Landesvorstand von nicht unerheblicher Bedeutung für seine Auffassung zur weitreichenden **Teilprivatisierung des Betriebs der JVA Offenburg**. Der Vertrag mit der **KÖTTER Justizdienstleistungen GmbH & Co. KG** wurde nun endgültig am **18. Februar 2008 in Stuttgart** unterzeichnet. Mit der Privatisierung werden – nach **Medieninformation des Justizministeriums – erfasst – unter anderem:**

- die Beschäftigung der Gefangenen,
- des Gebäudemanagement mit Reinigungsdiensten,
- das Versorgungsmanagement mit Küche, Wäsche, Gefangeneneinkauf und Telefonie,
- das Betreuungsmanagement mit medizinischer Versorgung, Sozialdienst, psychologischem Dienst, Freizeit- und Sport,
- Schule mit Hauptschulkurs und beruflicher Ausbildung nebst Arbeitstherapie,
- Bereiche des Bewachungsmanagements mit Monitorarbeitsplätzen für die Videoüberwachung sensibler Anstaltsbereiche und
- Fahrdienste.

Von Bedeutung ist auch, dass der gesamte Betreuungs- und Behandlungsbereich in private Hand gegeben werden soll. Wie man aus dem Ministerium auch vor geraumer Zeit schon gehört hat, wurde dort bedauert, dass der Sozialdienst im Justizvollzug nicht im gleichen Atemzug wie die Bewährungs- und Gerichtshilfe – etwa bei **Neustart** - privatisiert worden sei. Hierzu gibt der nachfolgende, professionell recherchierte und aufschlussreiche Artikel doch sehr zu denken!

Stuttgarter Zeitung online:

### **„Viele Häuptlinge und nur wenige Indianer“**

**Bewährungshelfer klagen über ihren Arbeitgeber Neustart: Immer mehr Verwaltung und kaum Zeit für die Klienten**

*Von Susanne Janssen*

Seit Jahrzehnten haben sich die drei Bewährungshelfer um Straffällige gekümmert, mal mit großem Erfolg, mal mit Rückschlägen, aber immer mit Freude an der Arbeit. „Wir haben schließlich den

Beruf ergriffen, weil wir gerne mit schweren Jungs arbeiten“, sagt Alfred F. (alle Namen geändert). Doch seit der Privatisierung der Bewährungshilfe verliert er immer mehr die Lust an seinem Job: „Wir werden immer mehr entmündigt“, sagt er. Selbst die kleinsten Schritte würden jetzt vorgeschrieben, Kontakte zu Richtern, Staatsanwälten und anderen Institutionen seien auf einmal nur noch „Leitungsaufgaben“.

Für 65 Millionen hat das Land die Bewährungshilfe in private Hände gegeben. Neustart, ein österreichischer Verein, versprach dafür geringere Kosten, moderne Standards und den verstärkten Einsatz von Ehrenamtlichen. Dies alles ist nach Ansicht der unzufriedenen Mitarbeiter Augenwischerei. „Schon in der Pilotphase wurden die Ziele nicht erreicht.“

Auf eine Auswertung hatte das Justizministerium aus Kostengründen aber verzichtet – die Privatisierung sei von vornherein beschlossen gewesen.

Seitdem fühlen sich die Bewährungshelfer als Opfer der Justizreform. „Es war klar, dass Standards entwickelt werden mussten“, sagt Alberts Kollege Kai W. Viele seien bereits von Ihnen als Vorschläge erarbeitet worden. Doch die Österreicher hätten zusätzliche Hierarchien geschaffen – und darunter leide die Arbeit mit den Klienten.

Ute G., seit mehr als drei Jahrzehnten im Amt, beschreibt die „Verbesserungen“: „Früher war ich für 84 Klienten zuständig, jetzt habe ich 117.“ Einen vernünftigen Kontakt zu den Straffälligen sei gar nicht möglich. Denn die Kollegen müssten zwei Tage mit Verwaltungstätigkeiten in der Zentrale in der Rosenbergstraße zubringen. Das sei für die Stuttgarter noch nicht so tragisch – Kollegen aus

Vaihingen/Enz oder dem Rems-Murr-Kreis aber müssten dafür 60 bis 70 Kilometer anfahren. Und die Zeit, die nun nicht mehr Servicekräfte, sondern die Bewährungshelfer selbst mit Schreiben verbringen, fehle den Straffälligen: „Dafür bin ich nicht ausgebildet“, sagt Kai W. Seine Stärke sei es, Jugendliche wieder auf den rechten Weg zu bringen. Jetzt sitze er immer öfter am Computer.

Diese Entwicklung bestätigt ein Amtsrichter: „Die Fallzahlen steigen.“ Seien es früher schon 80 bis 100 gewesen, so müsse sich ein Bewährungshelfer jetzt um 120 Klienten kümmern. Das sei nicht mehr zu bewältigen, so der Richter. Dies liege eindeutig daran, dass Neustart viele Bewährungshelfer jetzt in der Verwaltung und den neuen Hierarchieebenen einsetze: „Es gibt jetzt viele Häuptlinge, aber nur wenige Indianer.“ Die Erfolgsmeldungen, die Neustart verbreite, seien gezielt gesteuerte Informationen „fürs Image“.

Und der Richter stellt überdies fest, dass die Berichte der Bewährungshelfer immer kürzer würden: „Früher bekam ich drei Seiten mit vielen Details, heute eine mit Textbausteinen.“ Außerdem seien die Bewährungshelfer schwer erreichbar. Wenn das so weitergehe, würden sicherlich weniger Bewährungsstrafen ausgesprochen und stattdessen die Gefängnisse gefüllt – eine teure und nicht immer sinnvolle Konsequenz.

Die Bewährungshelfer sind überzeugt, dass Neustart die Fallzahlen gezielt verringere, indem manche Straftäter nach kurzer Zeit als „nicht betreuungsbedürftig“ eingestuft würden.

Das nennt Georg Zwinger, einer der beiden Geschäftsführer von Neustart, „Aktenscreening“. Wer eine intensive Betreuung brauche, solle 2,5 mal im Monat

kontaktiert werden. „Das ist jetzt gar nicht zu schaffen“, sagt aber Ute G. Die Standards existieren nur auf dem Papier.

Unterschwellig schwinde immer mit, dass Neustart den Bewährungshelfern Schlendrian unterstelle. Das regt Albert F. auf. „Wir haben auch vorher unsere Arbeit dokumentiert.“ Auch zu Fortbildungen dürfe nur noch die Leitungsebene, Gespräche mit Richtern führten ebenso nur noch die Leiter. Eine Marketing- und Öffentlichkeitsabteilung sei aber neu eingerichtet worden. „Damit wird der Öffentlichkeit Sand in die Augen gestreut“, sagten die drei Bewährungshelfer. Kai W. kritisiert, dass es bei der Privatisierung keine Erfolgskontrolle gebe: „Es braucht Zeit, um mit Jugendlichen eine Beziehung aufzubauen“. Nur dann könne er als Bewährungshelfer wirklich einem Klienten helfen, sein Leben in den Griff zu bekommen. Jetzt aber werde nur noch verwaltet. Dabei gebe es nur wenige leichte Fälle: „Auch ein Ladendieb kann ein psychisches Problem haben.“

Neustart nimmt die Kritik gelassen: „Diese Probleme haben Sie bei jeder Firmenübernahme.“ Die meisten Bewährungshelfer arbeiten gut mit. Und der österreichische Verein nennt ganz andere Zahlen: „Derzeit hat jeder Bewährungshelfer knapp unter 90 Fälle zu bearbeiten, vorher waren es knapp unter 100.“ Die Fallzahl sei von insgesamt 22 000 auf 20 500 gesunken.

Langfristig soll ein Bewährungshelfer nur noch 65 bis 70 Straffällige betreuen. Das will Neustart mit dem Einsatz von 400 Ehrenamtlichen erreichen, die die leichten Fälle übernehmen. Derzeit werde intensiv um interessierte ehrenamtliche Helfer geworben.

## Bericht von der Mitgliederversammlung

# Klaus Thillman als Vorsitzender wiedergewählt

**Ortverbandsvorsitzender Thillmann begrüßte bei der Mitgliederversammlung im Gasthof Sonneck in Gottwollshausen 29 erschienene Mitglieder des Ortsverbandes Schwäbisch Hall. Sein besonderer Gruß galt dem Landersvorsitzenden Ernst Steinbach sowie den Pensionären. Bevor man in die Tagesordnung einstieg, gedachte man den im Berichtszeitraum verstorbenen Mitgliedern Heinz Kütterer und Emil Schmierer.**



Von links: Ernst Steinbach, Fritz Gräter, Werner Bohn, Josef Wassermann, Franz Schöpp, Reiner Probst, Johannes Eul, Klaus Thillmann

Anträge zur Mitgliederversammlung sind keine eingegangen. Die Mitgliederentwicklung im Ortsverband hat sich die Waage



gehalten – bei der letzten Versammlung hatten wir einen Mitgliederstand von 118 – den haben wir am heutigen Tag wieder zu vermelden.

Mit Aktivitäten war man im Berichtszeitraum sparsam. Der Vorsitzende und sein Stellvertreter Bohn nahmen an den turnusgemäßen Landeshauptvorstandssitzungen teil. Ansonsten hat man sich auf verwaltungstechnische Dinge beschränkt. Unseren Mitgliedern konnten wir im Berichtszeitraum keine großen Erfolge berichten, im Gegenteil, in der Besoldung geht es mehr rückwärts als vorwärts. In den 22 Jahren als Ortsverbandsvorsitzender konnte Koll. Thillmann unseren Mitgliedern viele positive Errungenschaften unseres Verbandes verkünden – dies wird immer schwerer und man hat den Eindruck, dass von Seiten des Ministeriums kein wirklich ernst zunehmendes Interesse an einer konstruktiven Zusammenarbeit besteht!

Kassier Heiko Branick berichtet von einem gesunden Kassenstand und Kassenprüfer Eberhard Zeh bestätigt eine einwandfreie Kassenführung.

Ein weiterer erfreulicher Aspekt waren die Ehrungen. Da der Ortsverband dieses Jahr sein 50-jähriges Bestehen feiert, freut es umso mehr, dass drei verdiente Mitglieder für 50-jährige Mitgliedschaft zu ehren waren. Koll. Steinbach überreichte den Jubilaren Franz Gertis, Franz Schöpp

und Josef Wassermann die Urkunde und Anstecknadel des Landesverbandes sowie einen Gutschein des Ortsverbandes.

Im Anschluss daran wurden für 40-jährige Mitgliedschaft durch Koll. Steinbach geehrt: Fritz Gräter, Gerhard Klaus, Helmut Rothacker, Rolf Zelter und Johannes Eul. 25 Jahre dabei sind Werner Bohn, Siegfried Burk, Norbert Polo, Reiner Probst, Siegfried Rickert, Karl Wachtler und Klaus Thillmann.

Im Anschluss daran führte Koll. Steinbach die Entlastung des Vorstandes durch – dies geschah einstimmig!

Da Neuwahlen anstanden, wurde vom Ortsverbandsvorsitzenden der Vorschlag unterbreitet, die Vorstandschaft offen im Block zu wählen. Alle Vorstandsmitglieder, Fachgruppenvertreter und Kassenprüfer stellen sich wieder zur Wahl. Als einzige Änderung sollte Koll. Schuh als 3. Vorstand dazugewählt werden, da Koll. Thillmann angekündigt hatte, dass dies seine letzte Amtsperiode sei und er einen „ruckfreien“ Übergang an seinen Nachfolger plane.

Die Wahlleitung übernahm Koll. Steinbach – auf seine Nachfrage hatte niemand etwas gegen eine Blockwahl und andere Kandidaten wurden auch nicht vorgeschlagen. Die Vorgeschlagenen wurden durch die Versammlung einstimmig gewählt – enthalten haben sich nur die Kandidaten selbst!

1. Vorsitzender Klaus Thillmann
2. Vorsitzender Werner Bohn
3. Vorsitzender Thomas Schuh
- Kassier Heiko Branick
- Schriftführer Eberhard Steigerwald
- Kassenprüfer Eberhard Zeh und Bruno Wendt

#### Fachgruppe

- |                 |                      |
|-----------------|----------------------|
| AVD             | Alexander Lang       |
| Werkd.          | Dietmar Krauss       |
| Geh. Verw.-D.   | Reiner Probst        |
| Mittl. Verw.-D. | Conny Karl           |
| Krankenpfleged. | Eberhard Steigerwald |

Im Anschluss referierte Koll. Steinbach aus der Arbeit des Landesverbandes – es gab dabei rege Diskussionen und die anwesenden Mitglieder nutzten die Möglichkeit, sich mit dem Landesvorstand auszutauschen.

Koll. Thillmann wies darauf hin, dass man rechtzeitig Werbung zur Teilnahme am Delegiertentag betreiben werde und er hoffe, dass es sich lohnt einen Bus einzusetzen. Vom 03.10. bis 05.10.08 werde man die schon bekannte „Jubiläumsfahrt“ nach Dresden antreten. Letzte Anmeldungen sind am heutigen Abend möglich – alles andere gibt es dann schriftlich!

Gegen 22:00 Uhr bedankte sich der Ortsvorsitzende bei den Anwesenden und wünschte allen noch einen schönen Abend und einen guten Nachhauseweg!

*Thillmann*

**Wichtiger denn je:  
Mitgliedschaft im**

**BSBD**  
Gewerkschaft Strafvollzug